

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 868848 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Matthias Kurth MdL zu den ersten beiden Regierungsjahren unter Ministerpräsident Hans Eichel: Hessens Alternative zur Bundespolitik.

Seite 1

Joachim Poß MdB zur Ausstattung des Solidaritätszuschlages: Waigels "soziale Komponente" nicht akzeptabel.

Seite 3

Dr. Christoph Zöpel MdB zur Debatte über die Parteienverdrossenheit: Aufklärung statt Schlagworte.

Seite 4

Walter Hiller zu einer Initiative der niedersächsischen Landesregierung: Ein Plädoyer für das ökologische Bauen.

Seite 6

48. Jahrgang / 65

5. April 1993

Hessens Alternative zur Bundespolitik

Zu den ersten beiden Regierungsjahren unter Ministerpräsident Hans Eichel

Von Matthias Kurth MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Ein außerordentlich schnelles Reformtempo hat die Hessische Landesregierung in den ersten beiden Jahren ihrer Arbeit vorgelegt. In Hessen ist eine aktive Modernisierungspolitik betrieben worden und auf zahlreichen Feldern wurden bundesweit beispielhafte Projekte auf den Weg gebracht. Man hat fast den Eindruck, daß die Fülle der neu begonnenen Projekte und Maßnahmen noch nicht ausreichend in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden. Wir haben häufig leider nur den ersten Teil des Mottos "Tu Gutes und rede darüber" realisiert.

Die profilierte Darstellung einer richtigen Politik dagegen muß noch erheblich verbessert werden, auch als Reaktion auf das hessische Kommunalwahlergebnis der SPD.

Mit der Wahl von Hans Eichel zum Ministerpräsidenten vor einem Jahr, am 5. April 1991, haben die Bürgerinnen und Bürger des Landes sich für mehr soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz und ein wirtschaftlich starkes Hessen entschieden.

Die Bilanz der Regierung Eichel zwei Jahre nach dem Wahlsieg kann sich sehen lassen. Unspektakulär aber effizient hat man am sozial-ökologischen Reformprojekt Hessen gearbeitet. Die erfolgreichen Maßnahmen gilt es, in den kommenden Jahren stärker zusammenzufassen und somit das Soziale an der hessischen Politik weiter zu profilieren. In vielen Feldern der Landespolitik hat die Koalition die Weichen neu gestellt. Dabei hat die SPD früh darauf geachtet, daß es in Hessen auch weiterhin sozialer und gerechter zugeht - das Land seine soziale Symmetrie nicht verliert.

Wie in einer guten Nachbarschaft hat die Politik in den vergangenen zwei Jahren die Bedürfnisse derjenigen stark beachtet, die Hilfe und Unterstützung brauchen. Als Beispiel nenne ich den Wohnungsbau. Über die Hälfte der zugesagten Förderung für 40.000 Wohnungen sind auf den Weg gebracht oder projektiert. Die Fehlbelegungsabgabe eingeführt und deren Mittel können demnächst zum Bau von zusätzlichen Sozialwohnungen verwandt werden. Für Arbeitnehmer-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.



familien, die über der Einkommensgrenze für Sozialwohnungen liegen, aber keine Luxusmieten bezahlen können, hat Hessen einen vierten Förderweg geschaffen.

Auch bei der Kinderbetreuung handelte die Hessen-Koalition. Alleinerziehende und berufstätige Mütter bekommen verlässliche Betreuungsangebote für ihre Kinder. Mit dem Nachtragshaushalt 1992 ist die SPD-Grünen-Koalition in ein 260-Millionen-Programm eingestiegen, das bis zum Ende der Legislaturperiode 20.000 neue Plätze in Krippen, Horten und Kindergärten schaffen kann. Ferner hat das SPD-Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" Langzeitarbeitslosen neue Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt eröffnet. Zur Politik der neuen Nachbarschaftlichkeit gehört aber auch, durch offene Hilfsangebote die Selbständigkeit älterer Menschen zu unterstützen. Ferner hat die Koalition für mehr Hilfe und Beratung für Menschen mit Drogenproblemen gesorgt.

Zum neuen sozialen Profil Hessens gehören auch die Maßnahmen im Bereich der Schulen. Das Angebot an betreuten Grundschulen ist erheblich gesteigert worden, an 237 hessischen Grundschulen gibt es jetzt ein eltern- und kinderfreundliches Angebot und mit der Einführung der Fünf-Tage-Woche für Schüler(innen) paßt Hessen die Schülerarbeitszeit dem gesellschaftlich üblichen Rhythmus an. Und klar bleibt: Hessen schafft bis zum Ende der Legislaturperiode 3.000 neue Lehrstellen. Ferner gibt Hessen mit dem neuen Schulgesetz eine Antwort auf die gewandelten Anforderungen an Bildung und Erziehung in der Zukunft. Bundesweit neue Wege geht Hessen dabei mit der Zusammenfassung der Schulgesetze.

Doch nicht nur im Sozial- und Schulbereich hat Hessen begonnen, ein neues Profil zu bekommen. Das hessische Modell der zweigeteilten Polizeiaufbahn findet bundesweit Nachahmer. Ähnliches gilt für den Umweltbereich. Hier sind das Sonderabfall- und das Grundwasserabgabengesetz beispielhaft. Zu der Umgestaltung Hessens gehören auch:

- die neue hessische Gemeindeordnung (HGO), die Bürgerrechte durch Bürgerbegehren und -entscheide in den Kommunen fördert sowie die Rechtstellung der Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister regelt,
- das neue hessische Personalvertretungsgesetz (HPVG), das die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst verbessert sowie
- das hessische Gleichstellungsgesetz, das für Frauen in Hessen mehr Chancengleichheit eröffnen wird.

Seit gut zwei Jahren muß hinter allen Zukunftsentwürfen immer häufiger ein Finanzierungsfragezeichen gemacht werden. Die Bonner Bundesregierung hat durch ökonomische Fehlentscheidungen statt zur Angleichung der Lebensbedingungen in ganz Deutschland bis vor kurzem zu einem Konjunkturprogramm im Westen und zu einer faktischen Entindustrialisierung im Osten beigetragen. Mittlerweile machen alle Gebiete der Bundesrepublik konjunkturrell schwierige Phasen durch. Der Finanzbedarf Ost hat große Auswirkungen auf den politischen Gestaltungsspielraum in Hessen. Das Jahrzehnt, das neue Chancen für unser Land bedeuten kann, beginnt mit Jahren äußerst knapper Kassen. Aber gerade in einer solchen Situation gilt es, die soziale Symmetrie zu wahren. Die Hessen-SPD versteht ihr Konzept als Alternativentwurf zum unsozialen und phantasielosen Bonner Sozialabbau.

(-/5. April 1993/rs/fr)

Waigels "soziale Komponente" nicht akzeptabel
Zur Ausgestaltung des Solidarzuschlages

Von Joachim Poß MdB
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

In den Medien des vergangenen Wochenendes entstand zum Teil der Eindruck, die SPD habe dem Vorschlag Waigels einer sogenannten sozialen Komponente bei der Ausgestaltung des Solidarzuschlages zugestimmt. Der Bundesfinanzminister will das steuerlich zu verschonende Existenzminimum 1995 für einen Alleinstehenden auf 11.500 DM und für Ehegatten auf 23.000 DM festsetzen und gleichzeitig die "Grenzbelastung" im Eingangsbereich der Steuerbelastung von derzeit 60 vH auf 50 vH absenken.

Aus der Sicht der Bundestagsfraktion der SPD ist die "soziale Komponente" aus folgenden Gründen nicht akzeptabel:

- Ein Grundfreibetrag von 11.500 DM würde gegenüber der geltenden Rechtslage sogar eine Verschlechterung bringen, da das steuerfreie Existenzminimum zur Zeit 12.000 DM beträgt. Bereits der geltende Betrag von 12.000 DM deckt nicht das Existenzminimum ab und ist daher verfassungsrechtlich fragwürdig.
- Die Verdoppelung der Steuerfreistellung für Ehegatten ist keine soziale Komponente, sondern wegen des durch unsere Verfassung gesicherten Schutzes der Ehe ohnehin erforderlich. Die jetzige Regelung ist ein Verstoß gegen Artikel 6 des Grundgesetzes.
- Die "erweiterte Milderungsregelung" ist ebenfalls keine soziale Komponente, sondern nur die teilweise Korrektur einer bisher völlig unakzeptablen Regelung. Nach Waigels Vorstellungen würden künftig Bürger, deren Einkommen knapp über dem Existenzminimum liegt, für jede zusätzlich verdiente Mark 50 Pfennig zu entrichten haben, unter Einbeziehung des Solidaritätszuschlages sogar nahezu 54 Pfennig. Ihr Einkommenszuwachs würde also genauso hoch besteuert wie der Einkommenszuwachs von Spitzenverdienern.

Die SPD bleibt bei ihrer Forderung, daß bei der Wiedereinführung des Solidaritätszuschlages durch eine Einkommensgrenze die kleinen und mittleren Einkommen freigestellt werden müssen. Zur Finanzierung einer sozialen Komponente haben wir immer wieder konkrete Vorschläge unterbreitet. Hierzu gehören ein weiterer Abbau von Steuervergünstigungen und die ernsthafte Bekämpfung der Steuerhinterziehung.

(-/5. April 1993/rs/tr)

Aufklärung statt Schlagworte
Zur Debatte über die Parteilosverdrössenheit

Von Dr. Christoph Zöpel MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums

In Deutschland, aber auch in anderen westlichen Demokratien, erleben wir eine öffentliche Debatte, die gesellschaftliches Handeln lähmt, ja Anzeichen von Krise erahnen läßt. Schlagworte setzen sich fest, öffentliche Ereignisse werden immer kurzfristiger, Perspektiven gehen verloren.

Nüchternheit und Aufklärung sind Schlagworten entgegengesetzt

Politikverdrossenheit:

Es gibt keine menschliche Gesellschaft ohne Politik. Verbindliche Rechtsregeln, die mit politischer Macht durchgesetzt werden müssen, sind unvermeidlich. Zur Entscheidung stehen die Mittel der Politik und die Möglichkeiten ihrer Kontrolle. Krieg und innerstaatliche Willkür oder Friedensbereitschaft und Rechtsstaat, Diktatur oder Demokratie sind die Alternativen.

Parteiloskritik:

56 Jahre wurde in Deutschland gegen die faschistische oder kommunistische Ein-Parteien-Herrschaft gekämpft. Nachdem die totalitären Systeme in Europa am Ende sind, ist das Mehr-Parteien-System in der Kritik. Ohne die Konkurrenz von Parteien, zwischen denen gewählt werden kann, ist Demokratie nicht möglich.

Politiker als Vorbilder:

Gewählte Abgeordnete und demokratisch legitimierte Minister müssen sich strikt an Rechtsregeln halten, ihr öffentliches Verhalten unterliegt der Kontrolle und Beurteilung. Die geforderte Vorbildfunktion der Politiker aber paßt nicht in die Demokratie: Der Übergang von der Vorbildverehrung zum faschistischen Führertum und zum stalinistischen Personenkult sind fließend.

Achtung der Privatsphäre:

Totalitäre Gesellschaften trennen nicht zwischen Privatheit und durchpolitisierte Öffentlichkeit. Die Achtung der Privatsphäre von jedem, ob Journalist, Sportler, Unternehmer, Künstler oder Politiker ist ein Gütekennzeichen von Demokratien. Geheimdienste und Schnüffeljournalismus sind unerträglich.

Einkommen der Politiker:

In marktwirtschaftlichen Demokratien sind Abgeordnetentätigkeit und Ministerämter Berufe wie andere auch, zu beenden durch Abwahl oder Rücktritt. Leistungsgerechte Bezahlung und risikogerechte Absicherung sind die Gegenleistung. Die Frage nach der gerechten Höhe stellt sich an die Einkommensverteilung der gesamten Gesellschaft: Im Vergleich zu Textilarbeiterinnen verdienen Unternehmensvorstände, Minister und Chefärzte sehr viel.

Diese Schlagworte sind aber nicht die wirklichen Probleme der westlichen marktwirtschaftlich-demokratischen Gesellschaften. Die Politik hat Fehler gemacht und Fehlentwicklungen zugelassen.

Zwei-Drittel-Gesellschaft:

Seit der ersten Wirtschaftskrise Ende der 60er Jahre ist ein wachsender Sockel von Arbeitslosigkeit entstanden. Fast ein Drittel der Menschen ist aus der Wohlstandsgesellschaft ausgegrenzt. Die Einkommensstärkeren müßten Umverteilungen von Arbeit, Geld und Zeit wollen - aus Eigennutz.

Staatsverschuldung:

Durch zwei Jahrzehnte haben die Regierungen und Parlamente der westlichen Demokratien mehr Geld ausgegeben als sie einkommen haben - für Rüstung, Lehrer, Sozialleistungen, Straßen und anderes mehr. Wenn die Abgabenbelastung nicht gesteigert werden soll, sind deutliche Ausgabenverzichte notwendig.

Die Politik in den marktwirtschaftlich-demokratischen Gesellschaften steht auch vor neuen Herausforderungen, auf die es keine leichten Antworten gibt.

Wieder Krieg in Europa:

Der Wahnsinn in Bosnien ist qua Fernsehen alltäglich Wahrheit. Genügen gegen verblendete und verantwortungslose nationalistische Politiker die Mittel europäischer Diplomatie oder müssen Soldaten anderer Länder dort mit sterben, damit der Wahnsinn ein Ende hat? Bei der Antwort auf diese Frage ist Zögern demokratische Tugend.

Wanderungen in Europa:

Vor allem aus den ehemals kommunistischen Ländern kommen Zuwanderer nach Westeuropa. Ist Hilfe zur inneren Stabilisierung dieser Länder möglich, oder müssen gegen die Zuwandernden die Grenzen fest verschlossen werden? Bei der Antwort auf diese Frage ist Zögern demokratische Tugend.

Fehlen von Werten:

Durch die Debatten über Schlagworte und tatsächliche Probleme zieht sich die Klage über ein Fehlen von politischen Werten. Mit der Aufklärung hat sich Europa Werte geschenkt, an denen ein Zweifel nicht nötig und zu denen Alternativen nicht erforderlich sind. Die Freiheit des einzelnen - bei Respekt vor den anderen, die Gleichheit - von Frauen und Männern, der Schwachen zu den Stärkeren, die Friedensbereitschaft, die Achtung vor kultureller Vielfalt. Gerade haben diese Werte zum zweitenmal in 50 Jahren gesiegt, nach dem Faschismus ist der Kommunismus niedergegangen. In dieser Situation die Aufklärung zu hinterfragen, das ist Übermut, oder schlimmer Dummheit, oder noch schlimmer Absicht.

(-/5. April 1993/rs/fr)

(Aufgrund eines Übertragungsfehlers waren bei der Erstveröffentlichung dieses Beitrages mehrere Absätze vertauscht)

Ein Plädoyer für das ökologische Bauen
Zu einer Initiative der niedersächsischen Landesregierung

Von **Walter Hiller**
Niedersächsischer Sozialminister

Beim Wohnungsbau muß der Ökologie mehr Beachtung geschenkt werden. Ich appelliere an Bauherren und Architekten, den Zielen ökologisches Bauen und gesundes Wohnen einen höheren Stellenwert einzuräumen.

Angesichts der fortschreitenden Schädigungen der Ökosysteme müssen Bauherren und Architekten erkennen, daß Bauen stets einen Eingriff in die Natur und die damit verbundenen ökologischen Kreisläufe bedeutet. Um das Regenerationspotential der Natur nicht weiter zu überfordern, ist ein gesellschaftlicher Umdenkungsprozeß erforderlich.

Das ökologische Bauen kann einen wesentlichen Beitrag zu der notwendigen Umkehr leisten. Beim ökologischen Bauen werden nicht nur die Planungs- und Herstellungsphase der Bauten betrachtet, sondern es werden auch Bautechniken, Baumaterialien und die gesamte Nutzungsphase der Gebäude einschließlich späterer Modernisierungsmaßnahmen berücksichtigt.

Die niedersächsische Landesregierung ist mit Nachdruck an einer Ökologisierung von Bauen und Wohnen interessiert. Um dieser Aufgabenstellung gerecht zu werden, ist im Sozialministerium ein neues Referat für Wohnungsmarkt und Bauökologie eingerichtet worden. Durch Beratung, Information und ökologische Baubestimmungen will das niedersächsische Sozialministerium Architekten und Bauherren motivieren und unterstützen, mehr als bisher ökologisches Bauen zu praktizieren.

Eine besondere Funktion kommt in diesem Zusammenhang der von der niedersächsischen Landesregierung finanzierten Beratungsstelle für ökologisches Bauen und gesundes Wohnen beim Institut für Bauforschung in Hannover zu. Die Beratungsstelle hat die Aufgabe, über gesundheitsverträgliche Baustoffe und Konstruktionen aufzuklären. Allein im vergangenen Jahr ist die Beratungsstelle in rund 2.700 Fällen um Rat und Information gebeten worden.

Zur Förderung des ökologischen Bauens und zum gezielten Abbau von Informationslücken wurden durch das Institut für Bauforschung jetzt drei Broschüren erstellt. Zum einen werden Aspekte des ökologischen Bauens in übersichtlicher Form zusammengefaßt, die eine Orientierungshilfe für die richtige Nutzung, Pflege und Handhabung von Häusern bieten sollen. Eine zweite Broschüre informiert über Lacke und Lasuren und greift damit einen Aspekt der Wohn-gesundheit auf, bei dem jeder Mann und jede Frau einen wirksamen positiven Beitrag leisten kann. Das Heft erklärt wichtige Begriffe und gibt Hilfestellung für die Auswahl von ökologischen Anstrichen.

Eine dritte Broschüre informiert über Niedrigenergiehäuser. Niedrigenergiehäuser haben wesentlich geringere jährliche Heizkosten als übliche Gebäude und bieten damit auch finanzielle Vorteile. Niedrigenergiehäuser sind eine zukunftsweisende Antwort auf den enormen Verbrauch von Energie für die Beheizung von Gebäuden. Rund ein Drittel des gesamten Endenergieverbrauchs wird in Deutschland für die Beheizung von Gebäuden genutzt.

(-/5. April 1993/rs/fr)
